

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 96 846 ppbn d

Inhalt

Professor Dr. Horst Ehmke
MdB, Stellvertretender Vor-
sitzender der SPD-Frak-
tion im Deutschen Bundes-
tag, weist auf kontrover-
se Positionen in der US-
Administration zur Rüs-
tungskontrollpolitik hin:
Kein gutes Omen für Genf.
Seite 1

Dr. Dieter Spöri MdB (Heil-
bronn) zieht Schlußfolge-
rungen aus dem Pershing-Un-
glück: Raketen-Stationie-
rung einstellen.
Seite 3

Dr. Uwe Holtz MdB klagt
die US-Politik der Destabi-
lisierung gegenüber
Nicaragua an: "Dicker
Knüppel" hat Tradition.
Seite 4

Dokumentation
Björn Engholm MdL, Vor-
sitzender der SPD-Frak-
tion im Landtag von
Schleswig-Holstein wür-
digte auf einer Gedenkver-
anstaltung in Lübeck den
SPD-Politiker Julius
Leber, der am 5. Januar
1945 von den Nazis in
Berlin-Plötzensee ermor-
det wurde. Wir veröffent-
lichen die Rede Engholms
im Wortlaut.
Seite 6

40. Jahrgang / 9

14. Januar 1985

Kein gutes Omen für Genf

In der US-Administration sind die alten Fronten wieder aufgebrochen

Von Professor Dr. Horst Ehmke MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im
Deutschen Bundestag

Kaum hat man in Genf eine prinzipielle Einigung über die Aufnahme von Rüstungskontrollverhandlungen im Bereich der Weltraumwaffen und Nuklearwaffen erzielt, brechen in der amerikanischen Administration anscheinend erneut die Richtungskämpfe über das richtige Konzept dieser Verhandlungen aus.

Erinnern wir uns: Bereits im Zusammenhang mit den Genfer INF-Verhandlungen haben die Uneinigkeit in der amerikanischen Regierung und die Richtungskämpfe zwischen Pentagon und State Department eine einvernehmliche Kompromißlösung, beispielsweise auf der Grundlage der Formel des sogenannten Waldspaziergangs, verhindert und damit wesentlich zum Scheitern dieser Verhandlungen beigetragen.

Die jüngsten widersprüchlichen Äußerungen aus der amerikanischen Regierung und Pressemeldungen aus Washington lassen den Schluß zu, daß die alten Fronten innerhalb der amerikanischen Administration erneut aufgebrochen sind. Das ist kein gutes Omen für den Erfolg der künftigen Genfer Verhandlungen. Man kann nur hoffen, daß sich Außenminister Shultz und der noch zu benennende amerikanische Delegationsleiter für die Verhandlungen bei Präsident Reagan mit den in Genf präsentierten und in Bonn erläuterten Vorstellungen für den Verlauf der Verhandlungen durchsetzen können.

Die Frage, ob die Initiative des amerikanischen Präsidenten zur strategischen Verteidigung im Weltraum, besser bekannt unter dem Namen Starwar-Initiative, in die Verhandlungen einbezogen wird, ist für den künftigen Erfolg dieser

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 1

Frankfurt-Limit
mit maximaler Rohstoffe
Recycling-Papier



Verhandlungen in der Tat von entscheidender Bedeutung. Auch der sowjetische Außenminister Gromyko sah sich aufgrund der jüngsten amerikanischen Äußerungen dazu veranlaßt, auf diese Tatsache noch einmal mit allem Ernst hinzuweisen.

Nicht minder bedeutsam ist die Verbindung der drei Verhandlungsbereiche Weltraum, strategische Waffen und INF zu einem Gesamtkonzept. Nur auf diese Weise sind langfristig Stabilität und Ausgleich zwischen den Supermächten zu erreichen und die Interessen Europas in angemessener Weise zu berücksichtigen.

Um so bedauerlicher ist, daß diese Ansätze nunmehr im nachhinein in ihrer Bedeutung heruntergespielt werden. Gleichzeitig wird man nicht müde zu betonen, daß mit schnellen Verhandlungserfolgen nicht zu rechnen sei. Lippenbekenntnisse zur Notwendigkeit von Rüstungskontrolle und Abrüstung haben aber bereits in der Vergangenheit die Erwartungen der Menschen in aller Welt enttäuscht und die Skepsis gegenüber der zunehmenden Tendenz einer rüstungskontrollpolitischen Ankündigungspolitik wachsen lassen.

Bei der Freude über das Zustandekommen der Verhandlungen wird leider übersehen, daß die USA und die Sowjetunion aus dem Nichtverbreitungsvertrag verpflichtet sind, ernsthafte Verhandlungen über die Reduzierung und Beseitigung von Nuklearwaffen zu führen. Die Supermächte müssen wissen, daß die Nichtbeachtung dieser Verpflichtung weitreichende Folgen für die Nichtverbreitungspolitik bereits in der Vergangenheit hatte und in der Zukunft haben wird.

Eine Fortsetzung der Hinhaltenaktik und der Weigerung zu konkreten Verhandlungen hätte schwerwiegende Folgen für den Bündniszusammenhalt und damit die Stabilität zwischen Ost und West. Kein verantwortungsvoll denkender Politiker in Ost und West kann an der Notwendigkeit vorbeikommen, angesichts der Drohung mit modernen Massenvernichtungswaffen alle Anstrengungen zu unternehmen, um der Gefahr eines Krieges, der die Existenz der gesamten Menschheit infrage stellen würde, in geeigneter Weise zu begegnen. Die Supermächte sollten ihren Willen zur Entspannung und Abrüstung bei Verhandlungsbeginn sichtbar unterstreichen, sei es durch die Vereinbarung eines Moratoriums in bezug auf die Entwicklung und Aufstellung neuer Waffen im Weltraum, sei es durch eine Verständigung, auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenwaffen als ersten Schritt zum Abbau der bereits in Europa vorhandenen Systeme zu verzichten.

Der neue Anfang in Genf darf nicht als Rechtfertigung benutzt werden, zunächst einmal die Rüstungsspirale weiterzudrehen, zum Beispiel man könne in Genf nur dann Erfolg erzielen, wenn man zunächst kostspielige und strategisch destabilisierende Rüstungsprojekte mit Nachdruck weiterbetreibt. Auf diesem Hintergrund ist die Forderung des Pentagon nach zusätzlichen Mitteln für den Bau der MX-Rakete und für Forschungen im Rahmen von SDI zu sehen. Mit Sicherheit ist das Vorantreiben derartiger Programme nicht geeignet, das Klima für Verhandlungen in Genf zu fördern oder die Rahmenbedingungen für den Erfolg dieser Verhandlungen zu verbessern.

Bei aller Genugtuung über die Wiederaufnahme des Dialogs zwischen den Supermächten darf man nicht vergessen, daß seit 1973 keine konkreten Vereinbarungen über die Begrenzung von Massenvernichtungswaffen mehr in Kraft getreten sind. Die Aufnahme von Verhandlungen besagt noch nichts über die Bereitschaft und Fähigkeit der Verhandlungsparteien, wirklich zu konkreten Rüstungskontrollvereinbarungen zu kommen. An die seinerzeit sorgfältig ausgehandelten Kompromisse von SALT II kann heute in Anbetracht neuer Rüstungen, die schwerwiegende Verifikationsprobleme aufwerfen, nicht mehr angeknüpft werden. Die Initiative des amerikanischen Präsidenten zur Verteidigung im Weltraum berührt den ABM-Vertrag im Kern und stellt damit die wichtigste noch funktionierende Rüstungsbegrenzungsvereinbarung zwischen den Supermächten infrage.

Die Bedeutung der Genfer Abrüstungsverhandlungen soll durch diese Bemerkungen nicht geschmälert werden. Aber es ist vor einer Einstellung zu warnen, die die Bereitschaft zur Abrüstung und Rüstungskontrolle nur aus den Gesichtspunkten der tagespolitischen Opportunität und der Begründung für neue Rüstungen ableitet.

(-/14.1.1985/rs/ks)

+ + +



Stationierungsstop erforderlich

Schlußfolgerungen aus dem Pershing-Unglück ziehen

Von Dr. Dieter Spöri MdB

Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Heilbronn

Vorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg der SPD-Bundestagsfraktion

Der Raketenbrand einer Pershing II auf der Heilbronner "Waldheide" kann bundespolitisch nicht als lokaler Unglücksfall abgetan werden. Die Umstände des Todes von drei jungen amerikanischen Soldaten und die 16 Verletzten machen ein Gefahrenpotential der Pershing II sichtbar, das von der Bundestagsmehrheit beim Stationierungsbeschluß fahrlässig beiseite geschoben wurde.

Das Unglück muß jetzt im Interesse der deutschen Bevölkerung und der amerikanischen Soldaten unter allen Aspekten rückhaltlos aufgeklärt werden und im Deutschen Bundestag zur Sprache kommen. Aus dem Brand der ersten Stunde einer unbestückten Pershing II ergeben sich eine Reihe von bundesweit auch für andere Standorte bedeutsamen Fragen zum Katastrophen- und Zivilschutz sowie zur Geheimhaltungspraxis hinsichtlich der Pershing-Standorte.

Ich bekräftige in diesem Zusammenhang die wiederholt in der Vergangenheit aufgestellte Forderung, daß die bisherige Geheimhaltungspraxis der Bundesregierung hinsichtlich der Pershing-Standorte aufgehoben werden muß. Ohne Aufhebung der bisherigen Geheimniskrämerei ist eine gegenüber der lokal betroffenen Bevölkerung und den offiziellen deutschen Stellen transparente Klärung der Ursachen und die Erörterung der notwendigen Konsequenzen für den Zivil- und Katastrophenschutz auf deutscher Seite unmöglich.

Bei dem Raketenbrand in Heilbronn handelt es sich nämlich um einen Raketenunfall ganz neuer Dimension - nach einer Reihe von anderen Pershing-Unfällen, die vorrangig auf die schlechte Wartung beziehungsweise den miserablen Zustand der US-Fahrzeuge zurückzuführen waren. Diese Unfälle der letzten beiden Jahre in Baden-Württemberg - angefangen von Sechselberg, über Waldprechtsweier, Schwäbisch-Gmünd bis Lorch - markieren eine Unglücksspur, die nunmehr auf der "Waldheide" ihren Höhepunkt erreicht hat. Daß dieses Mal der Raketenmotor selbst gebrannt hat, ist ein weiteres Indiz dafür, daß die Pershing II trotz der in den vorausgegangenen Tests erwiesenen Störanfälligkeit ohne Rücksicht auf das dadurch entstehende Gefahrenpotential hektisch stationiert worden ist.

Aus einem Bericht des amerikanischen Rechnungshofes ergibt sich, daß zahlreiche Tests mit der Pershing II gescheitert sind. So hat es vor dem Stationierungsbeginn nur einen einzigen Test mit einer kompletten Pershing II gegeben, der aber fehlgeschlagen sei. Bei vier Probeflügen sei die Rakete unmittelbar nach dem Abheben zerstört worden. Bei fünf weiteren Tests hätten wichtige Teile des Systems versagt.

Diejenigen, in der amerikanischen Administration und der Bundesregierung, denen es nicht schnell genug gegangen ist mit der Stationierung, tragen jetzt die politische Mitverantwortung für das Gefahrenpotential, das dieser störanfällige Raketentyp darstellt. Das mindeste, was man in dieser Situation von der deutschen Bundesregierung erwarten könnte, wäre jetzt ein Eintreten für einen Stationierungsstop.

(-/14.1.1985/rs/ks)

+ + +



Politik des "dicken Knüppel"

Der Umgang der USA mit Nicaragua hat eine böse Tradition

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages

Vor einigen Tagen bekräftigte US-Präsident Reagan, daß er bei seiner Opposition gegen die von den Sandinisten gestellte Regierung Nicaraguas bleibe. Dies bedeutet, daß die USA ihre indirekte militärische Einmischung, ihren "nichterklärten Krieg" gegen Nicaragua fortsetzen werden.

Wenn er es gewollt hätte, hätte Reagan auf ein unerfreuliches, wenngleich charakteristisches Jubiläum verweisen können: Vor rund 80 Jahren, am 6. Dezember 1904, erweiterte der damalige US-Präsident Theodor Roosevelt die Monroe-Doktrin im Geiste der imperialistischen Periode der US-amerikanischen Außenpolitik. Roosevelts Zusatz von 1904 lautete: Wenn sich ein Staat durch "ständiges Unrechtverhalten oder Unvermögen" von der "zivilisierten Gesellschaft" abkehrt, so könne dies "die Intervention einer zivilisierten Nation" erfordern und die USA "zur Ausübung internationaler Polizeigewalt zwingen". Zwischen 1904 und 1984 machten die USA regen Gebrauch von ihrem "dicken Knüppel", den sie zwar 1930 offiziell beiseite legten, inoffiziell aber nutzten, und den Reagan wieder für jeden sichtbar schwingt.

Die USA intervenierten in dieser Zeit insgesamt über 80 mal in Lateinamerika. Es gab unter anderem direkte militärische Einmischungen in Honduras, Kuba, Mexiko, Dominikanische Republik, Haiti, Panama, El Salvador und Nicaragua. Schwerwiegende CIA-Einmischungen fanden zum Beispiel in Costa Rica, Guatemala, Jamaika und in Nicaragua statt. Die USA betrieben - und betreiben zum Teil noch immer - eine Politik der politischen Entmündigung und wirtschaftlichen Ausplünderung insbesondere gegenüber Zentralamerika und den karibischen Ländern, wofür sich der Begriff "Puertorikanisierung" eingebürgert hat.



Die Droh- und Kanonenbootpolitik gegenüber Zentralamerika führt auf Grund vorgefaßter Schlußfolgerungen eine als Bedrohung wahrgenommene Lage herbei, die sie angeblich verhindern sollte. Gerade gegenüber dem sandinistischen Nicaragua entwickelten die USA einen ganzen sophistischen Katalog von Destabilisierungs-Strategien: CIA-Unterstützung von Contras und Terrorakten, militärische Destabilisierung, wirtschaftliche Strangulierung und Erpressung, großangelegte Desinformationskampagnen, Benutzung von multinationalen Konzernen und der lokalen Bourgeoisie, der national-bürgerlichen Presse sowie Destabilisierung unter zur Hilfenahme der katholischen Amtskirche.

Noch in dieser Woche, voraussichtlich am Donnerstag, wird der Bundestag über einen SPD-Antrag entscheiden können, indem die Bundesregierung aufgefordert wird, bei den USA in Bezug auf Nicaragua auf die sofortige Einstellung aller verdeckten und offenen Interventionen hinzuwirken. Gleichzeitig fordert die SPD von der Bundesregierung gerade jetzt für das bedrängte Nicaragua eine großzügige Unterstützung und die Verstärkung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit. Ziel der Zusammenarbeit mit den USA sollte künftig die gemeinsame Unterstützung der Contadora-Initiative sein. Wenn der Westen es einheitlich will, wird sich die Demokratie in der gesamten zentralamerikanischen Region durchsetzen und wird es möglich sein, wirtschaftlich und sozial gerechte Verhältnisse mit zu schaffen.

(-/14.1.1985/rs/ks)

+ + +



D O K U M E N T A T I O NZum Gedenken an Julius Leber

Björn Engholm, SPD-Fraktionsführer im Landtag von Schleswig-Holstein, erinnerte dieser Tage in einer Gedenkrede in Lübeck an den am 5. Januar 1945 von den Nazis in Berlin-Plötzensee ermordeten SPD-Politiker Julius Leber. Wir dokumentieren seine Rede im Wortlaut.

"Wir gedenken des Mannes, der vor 40 Jahren hingerichtet wurde. Zu Recht nannte Willy Brandt Julius Leber und seine Mitstreiter 'Ehrenretter' der Nation. Wir, die wir uns zum Gedenken an Julius Leber hier versammelt haben, werden sicherlich in diese Einschätzung einstimmen können. Daß es in Deutschland auch andere Denkungsarten gibt, wurde erst vor wenigen Monaten deutlich, als in der Zeitung des Bundeswehrverbandes eine Anzeige erschien, in der es hieß: 'General-Major Otto-Ernst Remer, der Mann, der den Aufstand des 20. Juni niederschlug, hat noch Termine frei für seinen packenden Vortrag'. Als ich dies las, mußte ich an den Ausspruch von Gustav Heinemann denken, der in seiner ersten Rede als Bundespräsident am 1. Juli 1969 sagte: 'Es gibt schwierige Vaterländer. Eines davon ist Deutschland. Aber es ist unser Vaterland.' Die Tatsache, daß es in Deutschland Deutsche wie Julius Leber gab, macht es uns leichter, mit der Geschichte unseres schwierigen Vaterlandes zu leben.

Nun gibt es im Sinne des Wortes nicht nur schwierige Vaterländer, sondern auch Mutterstädte, die sich mit ihrer politischen Geschichte schwertun. Lübeck, so scheint mir, gehört dazu. So wenig Probleme es mit Geibel oder Buxtehude gab - wie schwer tat sich unsere Stadt mit Thomas Mann, von Heinrich ganz zu schweigen. Welche Probleme bereitete sie sich mit Willy Brandt und wie lange brauchte es, bis Julius Leber offizielles Gedenken zuteil wurde. Und: Weiß man von Johann Heinrich Wilhelm Dietz, dem großen Verleger und Sohn der Stadt? Von Erich Mühsam, dem Dichter? Wann erinnern wir uns in Lübecks Theodor Scharz', des Bürgerschafts- und Reichstagsabgeordneten und Vorkämpfer der lübschen Sozialdemokratie; wann Rudolf Wissell, des Arbeitersekretärs und Wirtschaftsministers unter Scheidemann? Wann findet Johannes Stelling, der Redakteur, Abgeordnete und spätere Ministerpräsident Mecklenburgs Zugang zur städtischen Erinnerung? Wenn ich eines vorab wünschen darf: Die Ehrung Julius Lebers müßte Auftakt sein zu einer sorgsam Pflege der sozialen und politischen Geschichte unserer Stadt und ihrer großen Persönlichkeiten!

Julius Leber, 1882 im Elsaß geboren, Leutnant im Ersten Weltkrieg, kam 1921 als Bewerber um die Redaktionsstelle beim 'Volksboten' nach Lübeck. Die für Anstellungen verantwortliche Pressekommission der Partei, Otto Passarge gehörte ihr an, bat ihn, in 'den nächsten Tagen' einen Presseartikel zu schreiben - eine Aufgabe, die Leber spontan, von innerhalb einer Stunde erledigte und daraufhin eingestellt wurde. Noch 1921 wird er für ein Bürgerschaftsmandat vorgeschlagen, 1924 vertritt er Lübeck im Reichstag und 1928, 1930, 1932 und 1933 wird er zum 1. Vorsitzenden der Lübecker SPD gewählt. Er ist ein von der einen Seite geliebter und bejubelter, von der anderen gefürchteter und gehäßter Redner mit der Fähigkeit, Massen zu mobilisieren. Und als Journalist widersetzt er sich jedem Druck, den 'Volksboten' zu einem Organ der Versammlungsberichte oder Vorstandsschmeicheleien zu machen: Seine meist mit 'Dr. L.' gezeichneten Kommentare und Artikel sind ebenso scharfsinnige wie scharfzüngige Analysen der politischen Welt-, Reichs- oder Stadt ereignisse, immer darauf gerichtet, dem Leser die Entwicklungszusammenhänge plastisch darzustellen. Mit dem Erfolg, daß sich die Auflage des 'Volksboten' in kurzer Zeit verdoppelte. Leber entwickelt sich bald zu einer so unangefochtenen Führungspersönlichkeit, daß man in Lübeck nicht von der 'SPD', sondern 'der Leber-Partei' spricht.

Von früh an war Julius Leber ein überzeugter Republikaner und als solcher ein dezidierter Gegner jeder totalitären, insbesondere nationalistischen und faschistischen Ideologie. 1920, noch Leutnant, weigert er sich, der Kapp-Regierung zu dienen und solidarisiert sich stattdessen mit der Arbeiterwehr - ein eindeutiges Bekenntnis zur neuen repu-



blikanischen Ordnung, das sein ganzes Leben prägte. So beantragte er als neugewähltes Mitglied der Bürgerschaft die Entfernung aller Bilder von Mitgliedern der kaiserlichen Familie aus Amtsgebäuden und Schulen. Gleichzeitig forderte er die verpflichtende Einführung von Schulbüchern, die den Geist der Republik verkündeten und ein engagiertes Einschreiten gegen solche Lehrer, die ihre Schüler in nationalistisch-monarchistischem Geist beeinflussten. Heftig bekämpfte er 1921 einen Antrag, den die DNVP im Reichstag eingebracht und dem der Lübecker Senat - einschließlich SPD-Senatoren - im Reichsrat zugestimmt hatte: die Wiedereinführung der schwarz-weiß-roten Handelsflagge. Vehement vertrat Leber die Auffassung, hier gehe es nicht um 'Farbenspiel', sondern um die Grundfrage 'Republik oder Nationalismus'. Die Partei stimmte Leber auf einer Mitgliederversammlung zu.

Mit Vehemenz wendet er sich 1924 auch gegen den Antrag der Deutschvölkischen in der Bürgerschaft, ein 'Schlageter-Denkmal' zu errichten. Leo Schlageter, der während der Ruhrbesetzung Anschläge auf Belgier und Franzosen verübt hatte und dafür von einem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt worden war, galt den Völkischen als 'Märtyrer der deutschen Sache'. Leber argumentierte, Schlageter sei ein Opfer nationalistischer Verhetzung. Hetze und 'Gebrüll der Rechten' habe mit gesundem Nationalgefühl nichts gemein, schade diesem nur. Die deutsche Arbeiterschaft habe mehr Nationalgefühl bewiesen als die besseren Stände. Sie habe in den Schützengräben gegessen, Steuern gezahlt und Not erlitten, als andere Kriegsgewinne einstrichen. Ihr Nationalgefühl beruhe auf der Achtung aller Nationen und gelte der Schaffung eines Weltfriedens, in dem sich Nationen erst gerecht entwickeln und ihre Kulturgüter pflegen könnten.

Sein Verhältnis zur Nation, aber auch zu Staat und Recht unterschied Leber erheblich von vielen sozialdemokratischen Zeitgenossen, die den Internationalismus priesen und das Absterben des Staates voraussah. Mit seiner Idee der Einbindung der Arbeitermassen, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in die Republik zur Stärkung derselben, zur Entwicklung eines starken sozialen und demokratischen Staates, gilt er manchem als eher 'konservativ', - gleichwohl legte er damals die politischen Fundamente, auf denen wir heute selbstverständlich stehen.

Leber hat Ablehnung, Haß und Verleumdung durch seine politischen Reden schon lange vor dem Ende der 1. Republik erfahren. Als er 1924 gegen die Übermacht des Senats und für mehr Bürgerschaftsrechte kämpfte, führt der bürgerliche Block den Wahlkampf unter der Parole 'Der bewährte Bürgermeister Dr. Neumann oder der landfremde Leber'. Während der Schlageter-Debatte droht die rechte Seite Leber, 'daß eines Tages die Stunde kommen werde...'. Als Leber 1926 die Frage der Einbürgerung der Juden in die Bürgerschaft bringt, hält ihm die Rechte hämisch vor, so etwas könne nur jemand einbringen, der selbst Jude sei und einen 'jüdischen Standpunkt' vertrete. Und 1930 droht ein NS-Abgeordneter in der Bürgerschaft: 'Es kommt noch einmal die Stunde, wo wir an Ihre Tür klopfen werden mit den Worten: Herr Dr. Leber, es ist soweit'. Vor der Rathhaustür formulierte der braune Mob es klarer: 'Zwei Stunden nach unserem Sieg hängt Leber auf dem Marktplatz!'

Von da an nimmt der Druck der Nazis in Lübeck von Monat zu Monat zu. Kaum eine größere Kundgebung der SPD, der Gewerkschaften, der Eisernen Front geht ohne Störung durch SA ab; häufig kann der Reichsbanner die Ordnung nur mit Mühe wieder herstellen.

Am 31. Januar 1933 wird Leber nachts auf dem Nachhauseweg von SA-Leuten überfallen; die Leber begleitenden Reichsbannerleute verteidigen ihn und verletzen einen Angreifer tödlich; Leber wird verhaftet. Am Tag darauf streikt zunächst die Arbeiterschaft der LMG, am 3. Februar folgt ein Generalstreik der gesamten Lübecker Arbeiterschaft. Als Leber am 19. Februar 1933 aus der Haft entlassen wird, feiern ihn 15.000 Menschen! Noch immer schien die Linke in Lübeck die Bedrohlichkeit der Situation nicht voll erkannt zu haben. Am 27. Februar befindet eine Generalmitgliederversammlung der SPD, daß keine Gefahr für die Partei bestehe. Kurz darauf, am 6. März 1933 wird die Hakenkreuzflagge auf dem Rathaus gehißt; am 11. März wird Solmitz eingekerkert und am 23. März Leber verhaftet. In den Monaten Juni bis August verfaßt er in der Schutzhaft seine Schrift 'Die Todesursache der deutschen Sozialdemokratie'. Die Aufzeichnungen sind für Sozialdemokraten in doppelter Hinsicht nicht leicht zu lesen. Zum einen wegen der geradezu ver-



nichtenden Analyse des Untergangs der SPD; zum anderen wegen einer, zumindest partiellen, Fehl- und Überschätzung der Möglichkeiten des NS-Regimes.

Willy Brandts Deutung dieser Schrift überzeugt. Er meint, vieles sei nur erklärbar aus der tiefen Verbitterung über das Ende der 1. Republik, manche defätistische Stimmung ein Produkt der Haftisolation, wie er selbst im Exil auch durchlebt habe. Und die eine oder andere Passage in den 'Todesursachen' können sehr wohl auch eine taktisch-verbale Konzession gewesen sein. Vor allem aber gilt, wie Hans Mommsen es formulierte, daß Leber nie auch nur ansatzweise das Problem hatte, dem Regime gegenüber persönliche Kompromisse eingegangen zu sein!

Als Julius Leber nach Schutzhaft, Untersuchungshaft, Strafhaft und Konzentrationslager im Mai 1937 entlassen wird, hat er gelernt, wie er es selber formulierte, sich selber klarer zu sehen, zu erkennen und zu beurteilen. Er hat die Haft ungebrochen überstanden. Was nun folgt, ist der Widerstand, zunächst in den Jahren 1937 bis 1943 im sozialdemokratischen Freundeskreis. 1943 schließlich bekommt Leber Kontakt zum Kreis um Goerdeler und zum Kreisauer Kreis. Er wird zum Repräsentanten des sozialdemokratischen Widerstandes. Als solcher hatte er sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch vielfach andere Vorstellungen als die Männer um Goerdeler. Wir wissen, daß Stauffenberg sogar erwog, Leber anstelle von Goerdeler mit der Kanzlerschaft zu betrauen.

Wenige Tage vor dem Attentat des 20. Juli 1944 wurde Julius Leber gefangen genommen. Wer ihn verriet, wissen wir bis heute nicht genau. In den darauffolgenden Verhören und vor allem in dem Prozeß vor dem Volksgerichtshof wurde Leber zum bevorzugten Objekt des Blutrichters Freisler. 'Mit einem sehr leisen und höflichen: das ist ein Irrtum, Herr Präsident', zerstört er die Wirkungen des drohenden Pathos seines Gegners Freisler. Als Freisler nach der Beratung des Gerichtes zurückkommt, um das Urteil zu verkünden, 'sitzt' - berichtet Paul Sethe - 'Julius Leber da, so beherrscht und ruhig wie vom ersten Augenblick der Verhandlung an. Nicht eine Miene zuckt in dem großen und reichen Gesicht, und das Auge schaut... gleichgültig und verachtend über den Vorsitzenden in seiner roten Robe hinweg in Weiten, die für die Richter unerreichbar sind.'

Das Foto Julius Lebers, wie er vor dem Volksgerichtshof steht, die Hände in die Revers seiner Jacke gegriffen, gehört zu den eindrucksvollsten politischen Bildern, die ich kenne. Es widerspiegelt jene menschliche und politische Größe, die Julius Leber zum zeitlosen Vorbild macht. Wer dieses Bild sieht, wer die Tiraden Freislers einmal gehört hat, wer dann weiß, daß dem Volksgerichtshof bis heute die Eigenschaft, ein ordentliches Gericht gewesen zu sein, nicht aberkannt wurde, der weiß erneut, wie Recht Gustav Heinemann mit seinem Wort von dem schwierigen Vaterland Deutschland hatte.

Kurz vor seiner Hinrichtung am 5. Januar 1945 ließ Leber seine Freunde wissen: 'Für eine so gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis. Wir haben getan, was in unserer Macht gestanden hat. Es ist nicht unser Verschulden, daß alles so und nicht anders ausgegangen ist.'

Dr. Julius Leber war ein überzeugter Demokrat und Republikaner; hätte es viele seiner Denkungsart in allen Schichten gegeben - die 1. Republik hätte nicht untergehen müssen. Er war unermüdlicher Verfechter einer sozialen Ordnung, in der die arbeitenden Menschen durch Teilnahme an gesellschaftlichem Reichtum und an staatlicher Macht Fundament der Republik würden - Denkanstöße, die auch heute hohen Aktualitätswert haben. Das Leben, vor allem aber das Sterben Julius Lebers muß für Demokraten über alle Parteigrenzen hinweg Auftrag und Verpflichtung sein, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu erkämpfen und zu bewahren."
(~/14.1.1985/rs/ks)

+ + +

